

LANDESSCHULRAT

OBERÖSTERREICH

HR FRITZ ENZENHOFER
AMTSFÜHRENDER
PRÄSIDENT DES
LANDESSCHULRATES
FÜR OBERÖSTERREICH

Linz, 04.05.2017
Tgb: PR-S401046/1-17
Sachbearbeiter:

Telefon: 0732/7071

Herrn Landeshauptmann
Mag. Thomas Stelzer
Landhausplatz 1
4021 Linz

LH.Tgb.-110262/217-2017-LH/Ko

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Betreffend den Abbruch eines Vortrages von Herrn Thomas Rammerstorfer am BORG Linz, Honauerstraße vom 8. März 2017, darf ich dir folgenden Bericht übermitteln.

Am 8. März 2017 fand am BORG Linz, Honauerstraße ein Vortrag von Herrn Thomas Rammerstorfer zum Thema „Die extremistische Herausforderung“ für die Wahlpflichtgegenstandsgruppen Philosophie der 8. Klassen statt.

Während der Veranstaltung erhielt der Direktor des BORG Linz, [REDACTED] einen Anruf von Herrn Mag. Roman Haider, in dem er Herrn Direktor [REDACTED] informierte, dass ihn sein Sohn, Schüler des BORG's und Teilnehmer des Vortrags, darüber informiert hat, dass der Vortragende in seinem Vortrag gegen rechte Gruppen agiert und dies mit entsprechenden Power-Point Folien untermauert hätte. Als Konsequenz forderte Herr Mag. Haider den sofortigen Abbruch des Vortrages.

Herr Dir. [REDACTED] ging darauf hin zum Vortragsraum und bat Herrn Prof. [REDACTED], Organisator der Veranstaltung, zu einem Gespräch aus dem Vortragssaal. Herr Prof. [REDACTED] informierte seinen Direktor über den Ablauf des Vortrages.

A-4041 LINZ
POSTFACH 107
SONNENSTEINSTR. 20
TELEFON
0732/7071-4061
FAX
0732/7071-4100
E-mail
fritz.enzenhofer@lsr-ooe.gv.at

Zum Schluss des Gespräches kamen Direktor [REDACTED] und Prof. [REDACTED] überein, dass Herr Prof. [REDACTED] direkt mit Herrn Mag. Haider telefonischen Kontakt aufnehmen soll, um ihn über den bis dahin erfolgten Ablauf zu informieren. Dieses Gespräch fand dann in weiterer Folge statt. Im Anschluss an dieses Telefonat kamen Dir. [REDACTED] und Prof. [REDACTED] überein, den Vortrag, der inzwischen bei der Diskussion angelangt war, abzubrechen.

Zum Inhalt des Telefonats zwischen Herrn Prof. [REDACTED] und Mag. Haider ist zu berichten, dass die Auswahl des Vortragenden auf Prof. [REDACTED] zurückzuführen ist und er ihn als freien Journalisten, der sich mit diesem Thema auseinandersetzt, eingeladen hat. Die Intention des Organisators war es, die SchülerInnen selbstverständlich nicht zu beeinflussen, sondern ganz im Gegenteil, die SchülerInnen durch das Präsentieren und Diskutieren verschiedener Formen von Extremismus aufzuklären.

Am 20.3.2017 gab es dann ein Gespräch zwischen der Schulaufsicht, in der Person des Herrn Landesschulinspektors [REDACTED] und den Klassensprechern der Beteiligten 8. Klassen des BORG's. Die KlassensprecherInnen wussten von diesem Gesprächstermin und haben zuvor mit ihren KlassenkameradenInnen gesprochen. Die Aussagen der SchülerInnen (ungeordnet und ohne Wertung) waren:

- Der Vortragende ersuchte alle Anwesenden, dass sie sich immer dann sofort melden sollen, wenn sie anderer Meinung sind, damit der Vortragende diese Inhalte mit den Anwesenden sofort diskutieren kann.
- Der Vortragende stellte zu Beginn fest, dass alle Aussagen auf seinen Folien Fakten sind, auf Zahlen des BMI beruhen und somit nachkontrolliert werden können.
- Der Vortrag war sehr interessant und hat die Extremistenszene gut abgebildet. Das Thema „Sekten“ hat gefehlt.
- Solche politischen Themen sind nicht meinungsfrei transportierbar.
- Es sollten immer verschiedene Positionen dargelegt werden.
- Der Vortragende hat bei der in den Medien als problematisch transportierten Folie dazu gesagt, dass nicht alle Burschenschaftler rechtsextrem sind.
- Der Vortragende ist auch immer wieder auf Linksextremismus und religiös begründeten Extremismus eingegangen.
- Der Vortrag war eher als neutral einzustufen.

- Es wurde immer nur mit dem Schüler [REDACTED] gesprochen. Kein anderer Schüler wurde je interviewt oder um seine Meinung gefragt.
- Der Vortrag war eher neutral und hat nur Fakten präsentiert.
- Der Vortrag war beim Abbruch der Veranstaltung schon vorbei. Es konnte nicht mehr diskutiert werden.
- Es war ein neutraler Vortrag mit Statistiken über Links- und Rechtsextremismus.
- Das Thema FPÖ ist nur zweimal vorgekommen.
- Ein von außen induzierter Abbruch ist falsch.
- Viele Schüler/innen vertreten die Meinung, dass nur Fakten präsentiert wurden.
- Burschenschaften wurden eher einseitig dargestellt.
- Der Vortrag war eher gegen rechtsextreme Vorkommnisse gerichtet.

Zu den schulrechtlichen und dienstrechtlichen Aspekten ist folgendes zu berichten.

Gemäß „Unterrichtsprinzip Politische Bildung Grundsatzerlass 2015“ des Bundesministerium für Bildung gilt:

*„Eine besondere Rolle kommt bei der Umsetzung Politischer Bildung der **Begegnung mit Personen und Institutionen des Politischen (Politik, Interessensvertretungen, NGOs, Bürgerinitiativen, Medien, etc.)** zu. Die **Einbeziehung externer Akteure/Akteurinnen bzw. Anbieterinnen und Anbieter Politischer Bildung hat einen wichtigen Mehrwert**, da Schule kein abgeschlossener, sondern immer in ein konkretes gesellschaftliches Umfeld eingebetteter Bereich ist.*

***Meinungsfreiheit und eine demokratische Diskussionskultur im Unterricht** bedeuten für Pädagoginnen und Pädagogen eine besondere Verantwortung. Dies erfordert neben einer didaktischen Aufbereitung und **dem Abbilden von Kontroversen aus Politik und Gesellschaft im Unterricht auch das Zulassen und Fördern von Gegenpositionen und deren Begründung (Kontroversitätsgebot) sowie mitunter die Offenlegung persönlicher Meinungen.**“ (S. 3/4)*

Gemäß Lehrplan Psychologie und Philosophie gilt als Grundsatz für den Unterricht in Philosophie:

„Der Philosophieunterricht soll den Schülerinnen und Schülern in exemplarischer Form Einblick in die wesentlichen Strömungen der

abendländischen Philosophie geben. **Die Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit und ihrer Erkenntnis, der Wahrheitsfrage, den Werten, mit der Sinnfrage sowie der Legitimation von gesellschaftlichen Ordnungen soll die Schülerinnen und Schüler auffordern, sich auf das Philosophieren als Prozess einzulassen.**

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- **in ihrer Entwicklung zu selbstständigen, dialog-und konfliktfähigen Menschen begleitet und gefördert werden**
- **die Notwendigkeit von Kooperation, sozialer Sensibilität und Verantwortung als Grundlage für die Demokratie erkennen und danach handeln**
- **durch argumentative Erörterung vergangener und gegenwärtiger Erklärungsmodelle zu Einsichten in Möglichkeiten und Grenzen des Denkens und Handelns gelangen**
- **aus der Vielfalt von Inhalten relevante Informationen durch Kenntnisse und begriffliche Differenzierungsfähigkeit selektieren lernen**
- **zum wissenschaftlichen Arbeiten angeleitet und zu einer reflektierten Auseinandersetzung mit den vielfältigen wissenschaftlichen und pseudowissenschaftlichen Theorien und Spekulationen angeregt werden**

Weiters gilt für den Bildungsbereich „Mensch und Gesellschaft“

„Psychologie und Philosophie sollen die Schülerinnen und Schüler zur reflektierten Kenntnis der eigenen Person und der Mitmenschen führen sowie das Verständnis für die sozialen Formen des Zusammenlebens und deren Wandel fördern. Im Speziellen ist auf den Wandel des weiblichen und männlichen Selbstverständnisses Bezug zu nehmen. Weiters ist der gesellschaftsverändernde Einfluss der Medien zu berücksichtigen. Die Schülerinnen und Schüler sollen zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten verschiedener Medien angeregt werden und lernen, Daten zu selektieren und zu interpretieren.“

Und in den didaktischen Grundsätzen wird festgehalten:

„Lehrerinnen und Lehrer haben zur Förderung einer toleranten Grundhaltung auch im Sinne eines interkulturellen Verständnisses

beizutragen. Dazu gehören das Entwickeln persönlicher Einstellungen, Urteilsvermögen, Kritikfähigkeit, Zivilcourage, respektvoller Umgang mit anders Denkenden und die Bereitschaft zu verantwortungsvollem Handeln.

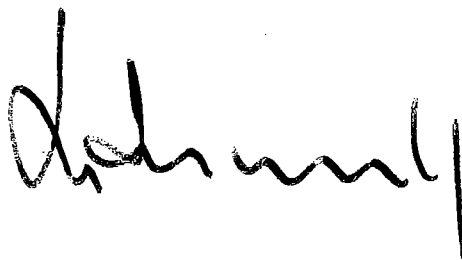
Je nach Möglichkeit ist ein Bezug zur Lebenswelt durch Einladen von Fachleuten, durch Besuche außerschulischer Institutionen usw. herzustellen. ...“

Als Conclusio dieses Ereignisses wird der Vorfall bei der nächsten Direktor/innendienstbesprechung thematisiert und ausführlich diskutiert werden, um ein entsprechendes Bewusstsein für die politische Dimension solcher Veranstaltungen zu erzeugen.

Ein wesentlicher Punkt wird aber auch sein, dass durch Anrufe oder sonstige Interventionen von Dritten, ein laufender Unterricht nicht abubrechen ist. Ausgenommen wären Situationen, bei denen die Sicherheit der Beteiligten gefährdet ist oder strafrechtliche Tatbestände einen sofortigen Abbruch bedingen würden.

In der Hoffnung, dir mit diesem Bericht ein möglichst umfassendes Bild in dieser Causa gegeben zu haben, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Schmidt' or similar, written in a cursive style.